

Südtiroler Renten- Traum

VORSORGE – Das staatliche Rentensystem steuert auf ein riesiges finanzielles Loch hin.

Wäre für Südtirol ein eigenes Renteninstitut vorteilhaft?

Was Fachleute sagen. ➔ **Seite 3**



Foto: Shutterstock / Boris Isakov / SWZ



Die Renten-Utopie

VORSORGE – Weil das staatliche Rentensystem auf ein Milliarden-Loch zusteuert, **flammt die Idee eines eigenen Renteninstituts für Südtirol auf.** Doch stünde das Land damit finanziell tatsächlich besser da? Und würde ein Südtiroler Inps überhaupt funktionieren? Fachleute haben eine klare Meinung.



Bozen – Die Zahlen, die Roberto Ghiselli vorgelegt hat, sind erschreckend. Der Präsident des Aufsichtsrates (comitato di indirizzo e vigilanza) des italienischen Vorsorge- und Fürsorgeinstitutes Inps hat kürzlich erklärt, dass es im Jahr 2032 zwischen den Beitragszahlungen der arbeitenden Bevölkerung und den Rentenleistungen ein finanzielles Loch von geschätzt 20 Milliarden Euro geben wird.

Und die Vermögenssituation des Inps wird sich laut Ghiselli innerhalb von zehn Jahren vom Positiven deutlich ins Negative entwickeln: von plus 23 Milliarden Euro im Jahr 2023 auf minus 45 Milliarden Euro im Jahr 2032.

Es ist praktisch unmöglich, auf Landesebene all das zu verwalten, was das Inps mittlerweile verwaltet.

Der Vorschlag der STF

Die von Inps-Aufsichtsratspräsident Roberto Ghiselli vorgelegten Zahlen waren für die Südtiroler Freiheit bereits Anlass, eine alte Forderung neu zu lancieren: den Aufbau eines eigenen Renteninstitutes in Südtirol, „um einem möglichen Kollaps zu entgegen“, heißt es in einer Pressemitteilung.

Der Landtagsabgeordnete Bernhard Zimmerhofer schreibt darin: „Südtirol ist Nettozahler an geleisteten Sozialbeiträgen von Arbeitnehmern und Arbeitgebern. Das bedeutet, dass in Südtirol geleistete Beiträge nach Italien abfließen. Die Lösung, um dieser katastrophalen Entwicklung zu entgegen, wäre, dass sich Südtirol vom staatlichen Rentensystem abkoppelt bzw. die exklusive Zuständigkeit in diesem Bereich anstrebt.“

Luisa Gnechchi

Der Hauptgrund, den Ghiselli nennt, ist nachvollziehbar: Der Anteil der Rentner:innen an der Gesamtbevölkerung wird aufgrund des demografischen Wandels immer größer, sodass die Beitragszahlenden mehr Pensionierte finanzieren müssen.

In den nächsten Jahren wird es mit der Babyboomer-Generation aus den 60er- und 70er-Jahren eine riesige Pensionierungswelle geben, während die Geburtenrate in Italien seit Langem rückläufig ist. Der positive Migrationsfluss, so Ghiselli, reiche nicht für einen Ausgleich.

Anteil der Über-65-Jährigen wächst stark

Die Inps-Verwaltung hat die Aussagen ihres Aufsichtsratschefs umgehend relativiert. Es handle sich um keine neuen Zahlen, sondern um mittelfristige Prognosen, die bereits im Rahmen der wirtschaftlich-finanziellen Maßnahmen des Institutes geprüft worden seien. Die Inps-Bilanz für 2023 zeige, dass die Zahlen in Ordnung sind und das Institut gut verwaltet wird.

Nichtsdestotrotz ist die Alarmbereitschaft groß: Wer soll den wachsenden Anteil der Rentner:innen finanzieren? Und was bedeutet die finanzielle Herausforderung für die jungen Generationen?

Laut demografischen Prognosen des nationalen Statistikinstitutes Istat wird sich das Verhältnis zwischen der Bevölkerung im Arbeitsalter (15 bis 64 Jahre) und dem Rest (null bis 14 und ab 65 Jahren) von aktuell 3:2 bis 2050 auf 1:1 entwickeln. Der Anteil der Bevölkerung ab 65 Jahren werde 2050 bei 34,5 Prozent liegen. Im Jahr 2023 waren es erst 24 Prozent.

„Praktisch unmöglich“

Heißt das automatisch, dass Südtirol mit einem eigenen Renteninstitut besser dran wäre? Oder würden die Nachteile überwiegen, selbst wenn das Einnahmen-Ausgaben-Verhältnis klar positiv wäre? Die SWZ hat drei Fachleute dazu befragt.

Eine davon ist Luisa Gnechchi. Die Boznerin war von 1999 bis 2008 Landesrätin, anschließend zehn Jahre lang Parlamentarierin in Rom – und ist seit 2019 Vizepräsidentin des Inps. Sie sagt: „Die angestoßene Diskussion betrifft nicht nur die Einnahmen und Ausgaben, sondern ist äußerst komplex. So laufen über das Inps inzwischen zahlreiche Prozeduren, wofür das Institut ein umfangreiches Informatiksystem aufgebaut hat. Man denke nur an die Einführung des einheitlichen Kindergeldes: Südtirol musste nur die Übersetzungen der Unterlagen vornehmen, während das Inps ein System entwickelt hat, das mit der Einnahmagentur und mit den Meldedämern aller Gemeinden verbunden ist.“

Luisa Gnechchi

Gnechchi betont, man müsse sich bewusst sein, wie schwierig es sei, einen so großen Bereich wie die Vor- und Fürsorge zu verwalten. „Hinzu kommt, dass alle Arbeitnehmer in Italien die gleichen Rechte haben müssen. Würde es eine Südtiroler Landes-Inps tatsächlich schaffen, jedes staatliche Bilanzgesetz umzusetzen, das diesen Bereich betrifft – etwa Maßnahmen wie ‚Quota 100‘ oder ‚Ape sociale‘?, fragt die Rentenexpertin.

Sie ist sich sicher: „Es ist praktisch unmöglich, auf Landesebene all das zu verwalten, was das Inps mittlerweile verwaltet.“

Perini prophezeit Verlustgeschäft

Ganz ähnlich sieht es Stefan Perini, Direktor des Arbeitsförderungsinstitutes (Afi): „Das Inps verwaltet nicht nur die Renten, sondern einen großen Teil des Sozialstaates – etwa die Familiengelder, die Arbeitslosenunterstützung oder auch die Covid-Hilfen.“



Stefan Perini

Selbst vom Finanzialen her sieht Perini – alle Aspekte berücksichtigend – keinen Vorteil in einer Abkoppelung vom staatlichen Rentensystem. Im Gegenteil: „Südtirol braucht nicht meinen, dass es mehr Einnahmen als Ausgaben haben würde. Die Frage lautet vielmehr, ob es ein kleines oder ein großes Verlustgeschäft wäre.“

Ein praktisches Problem sieht der Afi-Direktor indes etwa bei größeren Unternehmen. Viele Südtiroler Betriebe seien italienweit tätig mit Beschäftigten in anderen Provinzen. „Die Angestellten in Südtirol müssten also beim lokalen Inps gemeldet werden, die anderen bei jenem in Rom. Und wechselt jemand den Arbeitsort, wären Ab- und Anmeldungen nötig.“

Perinis Fazit: „Südtirol hat bereits primäre Zuständigkeiten in anderen Bereichen, die es viel besser ausschöpfen könnte – etwa bei der Mindestsicherung oder dem Pflegegeld. Erst einmal sollte das Land dort die Hausaufgaben machen, wo es bereits Gestaltungsspielraum hat.“

„Eine Nummer zu groß“

Gottfried Tappeiner, Wirtschaftsprofessor an der Universität Innsbruck und ehemaliger Präsident des Zusatzrenteninstitutes Pensplan, sieht gleich mehrere „einfache Gründe“, warum eine Abkoppelung vom staatlichen Rentensystem seiner Meinung nach nicht funktionieren kann. Provinzüberschreitende Arbeitsplatzwechsel seien dabei noch das kleinste Problem: „Alle, die im Ausland eine zweite Pension erhalten, wissen, wie kompliziert das ist. Der Austausch zwischen Südtirol und Restitalien wäre noch mal um ein Vielfaches höher, wenngleich



Gottfried Tappeiner

dieser enorme Verwaltungsaufwand mit der Digitalisierung und einem guten Willen Koms vielleicht sogar handhabbar wäre.“

Das zweite Problem, das Tappeiner nennt, ist das finanzielle Risiko. Gibt es demografische Veränderungen oder Konjunkturschwankungen, könne sich das negativ auf die Einnahmen auswirken, während die Ausgaben gleich bleiben. „Eine Unterdeckung wäre die Folge. National sind diese Einnahmenschwankungen nicht so stark wie auf Ebene einer kleinen Provinz“, erklärt Tappeiner.

Weiters könne im Falle medizinischer Fortschritte ein weiterer starker Anstieg der Lebenserwartung ein finanzielles Problem darstellen: „Ich

möchte die Landesregierung sehen, die den Leuten dann sagt, sie müssen fünf Jahre länger arbeiten. Das stünde politisch wohl niemand durch.“

Insgesamt sei ein eigenes Renteninstitut eine Nummer zu groß für Südtirol, betont der Ökonom. Gottfried Tappeiner relativiert die Diskussion aber auch: „Wir haben bereits ein stark beitragsbezogenes Rentensystem. Geringe Einzahlungen in anderen Teilen Italiens wirken sich also nicht unbedingt auf Südtirol aus. In Südtirol wirkt sich das aus, was Südtiroler einzahlen.“

Fachleute sehen nicht ganz so schwarz

Und wo geht die Reise für das nationale Rentensystem hin?

Inps-Vizepräsidentin Luisa Gnechchi ruft die italienische Regierung dazu auf, eine seriöse und nachhaltige Rentenpolitik zu betreiben. In Vergangenheit seien immer wieder Fehler mit finanziellen Folgen gemacht worden. Die Bilanz des Inps sei grundsätzlich gut. „Natürlich müssen wir die Steuerhinterziehung bekämpfen, damit alle wie vorgesehen ihre Beiträge zahlen. Steuererlassungen hingegen schaden dem öffentlichen Haushalt und auch dem Inps. Zudem müssen angemessene Löhne gezahlt werden, wodurch die Beitragszahlungen steigen“, erläutert Gnechchi ihre Vorstellungen.

Stefan Perini sieht mit der Einführung des beitragsbezogenen Rentensystems 1996 und der automatischen Anpassung des Renteneintrittsalters an die Entwicklung der Lebenserwartung bereits die nötigen Korrekturen gesetzt, um einem Kollaps entgegenzuwirken. Die durchschnittlich kassierte Rente werde damit sinken, während die Dauer der Beitragszahlungen steige. Der Afi-Direktor macht sich in diesem neuen System

Ich möchte die Landesregierung sehen, die den Leuten dann sagt, sie müssen fünf Jahre länger arbeiten. Das stünde politisch wohl niemand durch.

Gottfried Tappeiner

Heinrich Schwarz
© heinrich@swz.it